

Qualitätssicherung
gewährleistet
die Voraussetzungen
zur Mündigkeit

Rundfunkauftrag und Demokratie

Peter Voß

„So stellt sich die Frage nach den bindenden Kräften von neuem und in ihrem eigentlichen Kern: Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots, zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückfallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“

Dieses Diktum des Verfassungsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde, vor bald zwanzig Jahren niedergeschrieben, verdient noch immer zitiert zu werden – niemand hat die Gefährdung einer Demokratie durch den Verlust normativer Werte als lebensnotwendige Bindungskräfte so eindrücklich beschrieben wie er.

Aber ist unsere Demokratie denn gefährdet? Oder verzerrt hier deutsche *angst*, wie das Wort in die englische Sprache eingegangen ist, den Blick? Die Deutschen neigen ja aus politischer Korrektheit zur Dramatisierung von Ereignissen, die in anderen westeuropäischen Völkern, die über mehr Selbstbewusstsein verfügen, als normal gelten. Von einer

Krise des politischen Systems ist nicht zu reden, wohl aber haben wir bedenkliche Phänomene zur Kenntnis zu nehmen:

Die Partei der Nichtwähler wird immer größer. So hat die CSU bei der Landtagswahl in Bayern zwar ein triumphales Ergebnis erzielt, doch gemessen an den Wahlberechtigten gab es noch 35 Prozent für die Regierungspartei und für die SPD gerade einmal elf Prozent.

Die Landtagswahl in Thüringen brachte zwar keine instabilen Verhältnisse, doch war der Protestcharakter des Ergebnisses – 26,1 Prozent für die PDS, 14,5 Prozent für die SPD – bereits ein Vorgeschmack auf die Wahlergebnisse der Landtagswahlen vom 19. September in Brandenburg und Sachsen.

Die Einsicht ist weder neu noch originell, aber unabweisbar: Die Bindung der Menschen an die Demokratie, die sich unter anderem im Gebrauch des Wahlrechtes ausdrückt, hat nachgelassen. Sie muss neu gefestigt werden, will diese Ordnung mehr als viele Gleichgültige und wenige Extremisten in einem Staatswesen zusammenfassen. Welche Instrumente sind vorhanden, um Politikverdrossenheit zurückzudrängen und demokratische Teilhabe zu fördern? Deutschland hat eines der besten Bildungssysteme der Welt, das bei jungen Leuten demokratisches Bewusstsein wecken muss. Die PISA-Studie hat erst in jüngster Zeit ein grelles Licht auf unser Schulwesen geworfen. Die ausgelöste Diskussion ist wichtig und wird das System moderner machen. Für diese Jugendlichen, die von den großen politi-

schen Debatten der alten Bundesrepublik nichts mehr wissen, sind auch die Medien – besonders Radio, Fernsehen und Internet – entscheidende Wahrnehmungsquellen. Ihr politisches Weltbild wird entscheidend darüber geprägt, wie sie Politik in den Medien wahrnehmen.

Mit Blick auf die Aufgabe, demokratisches Bewusstsein zu fördern, ist der Begriff des Dualen Rundfunksystems, in dem Radio und Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland organisiert sind, irreführend. Keine Frage, die Passage im Rundfunkstaatsvertrag der Länder, dass „die Vielfalt der Meinungen im Wesentlichen zum Ausdruck“ zu bringen sei, war gerade auf den privaten Rundfunk gemünzt. Keine Frage auch, mit privaten Rundfunkanbietern kam Anfang der achtziger Jahre vordergründig mehr Vielfalt, oder wie das schöne Wort heißt: Pluralität auf den Medienmarkt, wenn auch, wie der Medienexperte Bernd Gebleer süffisant festgestellt hat, die von der unionsgeführten Bundesregierung seit 1983 protegierten Sender überwiegend Projekte der damaligen Linken wahrgemacht haben, etwa den gezielten Tabubruch oder das Ende der Trennung von Privatsphäre und Öffentlichkeit durch „Container-Shows“. Der Fairness halber sei auch erwähnt, dass die Privaten für zusätzliches Wachstum in dieser milliarden schweren Branche gesorgt haben. Rundfunk wird zwanzig Jahre nach Einführung des dualen Systems sehr viel stärker direkt nach Wünschen und Bedürfnissen der Hörer und Zuschauer gemacht.

Verantwortung für Mündigkeit

Für die Demokratiefähigkeit allerdings, also für die Mündigkeit der Hörer und Zuschauer, die in einem engen Zusammenhang mit der politischen Mündigkeit steht, liegt die Hauptverantwortung und Hauptleistung beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Ganz explizit geschieht dies im Fernsehen mit Programmen wie

Arte und Phoenix, die quasi das Niveau der Diskussionsfähigkeit und des Diskurses in unserer Gesellschaft definieren. Mehr Breitenwirkung erzielen fraglos das „Erste“ und die Dritten Programme der ARD sowie das ZDF, die nicht weniger den vom Bundesverfassungsgericht definierten Grundversorgungsauftrag – Information, Bildung, Unterhaltung – erfüllen. Im Medium Radio werden dank der technisch möglichen Vielzahl von Programmen Hörerinnen und Hörer jedes Alters erreicht. Das Niveau liegt weit über dem alternativen Angebot der Privatsender.

Wachsende Bedeutung kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch für die Qualitätsmaßstäbe im Internet zu – eben in dem Maße, wie das Internet im täglichen Medienverhalten Platz greift. Auch die Online-Angebote der ARD ergeben sich aus dem Rundfunkauftrag. Das Online-Angebot der ARD dient wie Radio und Fernsehen der Grundversorgung und trägt als barrierefreies Angebot dazu bei, dass sich im Online-Bereich keine Zweiklassengesellschaft von Informierten und Nicht-Informierten bildet.

Die fundierte Information allein, etwa in der „Tagesschau“, kann die Demokratiefähigkeit noch nicht sichern. Vielmehr ist es die Marktführerschaft der öffentlich-rechtlichen Programme in puncto Qualität, die durchgängig behauptet wird, um Standards zu halten und das Niveau nicht absacken zu lassen. Gemeint ist die Qualität in der Auswahl und Aufbereitung von Inhalten, nicht die rein handwerkliche Qualität. Auch die *BILD-Zeitung* ist handwerklich exzellent gemacht, hat aber für die differenzierte Darstellung komplexer Sachverhalte nun einmal weniger Platz als die *FAZ*.

Dieter Grimm, wie Ernst-Wolfgang Böckenförde früher Richter am Bundesverfassungsgericht, hat erst kürzlich darauf hingewiesen, dass die Weltsicht von Fernsehzuschauern viel stärker über das

Unterhaltungsprogramm geprägt wird als über Informationssendungen. Bei der Unterhaltung sind die Zuschauer mit allen Sinnen dabei, sprich sie sind empfänglicher für *en passant* transportierte Botschaften, für die vermittelten Werte, das gebotene Niveau. Gerade auch bei der Unterhaltung liegen Welten zwischen den öffentlich-rechtlichen und den kommerziellen Anbietern, auch wenn seit zwanzig Jahren eine eher dünne Konvergenztheorie, eine Theorie der Angleichung, vertreten wird. Welten liegen zum Beispiel zwischen einem Frank Elstner und jenen, die einen Harald Schmidt vergrault haben oder unausgereifte junge Menschen als vermeintliche Superstars verheizen und am Ende beschädigen. „Kakerlakenfernsehen“ ist ein Begriff, der leider repräsentativ geworden ist für diese Art von Angebot.

Auch der Erfolg unserer Bundesliga-Berichterstattung zeigt eben nicht nur, dass wir mit dem Geld sparsam umgehen – wir haben dafür dreißig Millionen Euro weniger bezahlt als vorher SAT.1 –, sondern auch, dass die Kompetenz und Qualität der ARD-Sportschau von den Zuschauern deutlich höher eingeschätzt wird als vorher die von „ran“.

Es ist vorauszusehen, dass die Aufgabe der Orientierung und der Vermittlung von Werten, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk wahrnimmt, noch wichtiger wird. Denn ein anderer meinungsbildender Sektor der Medien, die Qualitätspresse mit großen Tageszeitungen wie der *FAZ* oder der *Süddeutschen Zeitung*, hat zwar nicht an Bedeutung verloren, kann aber leider weniger Ressourcen als zuvor für journalistisches Personal und damit auch für umfassende, vertiefte Recherche aufwenden. Nicht zuletzt durch die punktuelle Konkurrenz des jungen Mediums Internet – etwa bei den Immobilien oder Autoverkaufsanzeigen – steckt sie in der tiefsten Krise seit 1945. Die Umfänge der Zeitungen mussten

dem Anzeigenvolumen angepasst werden – die Leserin und der Leser bekommen heute merklich weniger Lesestoff geboten als vor drei, vier Jahren. Zeitschriften wie *Der Spiegel* und *Focus* ergeht es übrigens ähnlich – die Zeiten, da eine *Spiegel*-Ausgabe über 300 Seiten Umfang hatte, sind vorbei.

Bündnis für die Qualität

Die Folgen dieser Entwicklung zeigen sich nicht offenkundig, sondern schleichend. Ein Beispiel: Die *FAZ* oder die *Zeit* waren jahrzehntelang wichtige Foren zur Vorstellung politischer Bücher. Jetzt, mit weniger Seitenumfang, kann diese Rubrik in der *FAZ* nur noch sporadisch erscheinen, der Diskurs über politische Thesen und Themen wird ärmer. Die Krise am Buchmarkt – viele kleine Buchhandlungen halten sich mit Mühe und Not – wird dadurch eher noch verschärft. Es ist offensichtlich, dass nur ein Bündnis der Leitmedien in Deutschland – öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Qualitätszeitungen und -bücher – aus der beschriebenen Krise herausführt. Ein Bündnis für die Qualität ist wünschenswert, denn nur wenn alle die Standards halten, werden die Standards der Gesellschaft nicht sinken. Nur der politisch mündige Bürger liest und versteht einen Leitartikel in der *FAZ*. In diesem Sinn sollte sich keines dieser Medien in bewusster Abgrenzung gegen das andere profilieren.

Wer glaubt, der öffentlich-rechtliche Rundfunk mache sich hier wichtiger als er ist, wird inzwischen sogar aus der Politik, von der wir sonst wenig Schmeichelfhaftes hören, eines Besseren belehrt. „Der Rundfunk war und ist“, sagte die Kulturstatsministerin Christina Weiss kürzlich bei einer Veranstaltung zum zwanzigsten Geburtstag des privaten Rundfunks, „eben keine wirkliche Ware, sondern ein Kommunikationsmittel, eine Projektionsfläche für politische Prozesse und gesellschaftliche Diskurse, im besten

Fall sogar ein Vermittler von geistiger Entwicklungshilfe. Seine Kultivierungs- und Erziehungsleistung für das Gemeinwesen der jungen Bundesrepublik ist nicht hoch genug zu würdigen, seine Rolle als Medium und Faktor der freien öffentlichen und individuellen Meinungsbildung unbestritten.“

Interessengeleitete Kritik

Vor dem Hintergrund der Bedeutung, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk für die Gesellschaft hat, erscheinen die Hauptpunkte der Kritik an ihm interessengeleitet. So sind etwa die Rufe nach Deregulierung, mehr Markt und weniger „Staatsfernsehen“ zu werten. Gibt es denn Vorbilder für Orientierung gebende, mündig machende Kommerzsender? Leider entdeckt man nur Gegenbeispiele. Wer mehr Markt fordert, trachtet meistens nach mehr Medienmacht und nach mehr wirtschaftlichem Reichtum von wenigen. Bevor zum Beispiel Leo Kirch die Fußball-Bundesliga ins Bezahlfernsehen holte und „ran“ auf das Abendprogramm legte, zahlte derjenige, der ein normales Bundesliga-Fußballspiel live und in voller Länge sehen wollte, für einen Besuch im Stadion. Plötzlich sollte auch der Zuschauer, der mit der „Sportschau“ und dem „Aktuellen Sportstudio“ seit vielen Jahren aktuell und ausführlich informiert war, viel Geld bezahlen! Wo lag der Mehrwert? Er lag bei Leo Kirch, nicht beim Zuschauer. Der hat diese Monopolisierung eines Volkssports nicht hingenommen und Kirchs Geschäft platzen lassen.

Woran liegt es aber, dass diese puren wirtschaftlichen Interessen von Medienwissenschaftlern wie Wolfgang Donsbach (*Die Politische Meinung*, Nr. 411, Februar 2004, Seiten 23 bis 28) argumentativ ummantelt werden? Letztlich liegt in der Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein tiefes Misstrauen gegen den Staat. Die verfassungsrechtlich gebotene Staatsferne wird durch permanente,

überzogene und wenig sachgerechte Angriffe der Lobbyisten des Kommerzfunks allerdings gerade nicht gestärkt, sondern potenziell ausgehöhlt. Ein gesundes Misstrauen ist gut, aber es muss sich an der Wirklichkeit messen lassen, und die Wirklichkeit besagt: Rundfunk und Politik stehen seit fünfzig Jahren im kontroversen Gespräch miteinander, aber die Politik dominiert den Rundfunk eben nicht, auch nicht in unseren Gremien. Die Attacken auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Zusammenhang mit der Gebührendiskussion zielten nur vordergründig darauf ab, unsere Bereitschaft zu strukturellen Reformen zu verstärken. Wir befinden uns ja längst in einem permanenten Reformprozess. So gibt es in der föderalen Bundesrepublik immer noch sechzehn Länder, aber in der föderalen ARD nur noch neun Sender. (Die Initiative zu Fusionen ging dabei übrigens von den Sendern aus, nicht von den Ländern!) Die Attacke galt leider vor allem einem Stück Rundfunkfreiheit: nämlich der vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebenen staatsfernen Gebührenermittlung durch eine unabhängige Kommission.

Offenkundig haben einige Politiker hier kurzfristig auf öffentliche Empfindlichkeiten reagiert und auch auf den lobbyistischen Druck unserer kommerziellen Konkurrenten, zum Teil auch der Printmedien. Weitblickend, weil demokratie-stiftend wäre es, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk finanziell stabil und angemessen auszustatten, und hierzu gehört es zum Beispiel, bei der Anpassung der Rundfunkgebühr nicht auf Wahltermine zu schießen. Die aktuelle Generation von Politikerinnen und Politikern würde noch nicht für dieses Versäumnis bestraft, aber auch sie hätte die Folgen am Bildschirm mit anzusehen: Wir bekämen ein Radio, ein Fernsehen und ein Online-Angebot, das sich auch der glühendste Marktwirtschaftler am Ende nicht wünschen könnte.